


Hochschulzeitung

GEW Studis



»UCU-Streik – Ein Streik an Hochschulen ist möglich!«

In dieser Ausgabe:

»Hochschulen zukunftsfähig gestalten«

»Aufruf zur Community for all«

»Zukunftsfähige Hochschulen durch gute Arbeitsbedingungen!«

»200 Jahre Karl Marx«

Studierende – organisiert euch!

Studieren und Mitglied der GEW sein, klingt irgendwie abwegig? Keineswegs. Die GEW bietet gewerkschaftlichen Rechtsschutz in studien- und prüfungsrelevanten Fragen, es gibt für dich eine Schlüsselversicherung, Berufshaftpflicht und vor allem eins: Einen schlagkräftigen Interessensverband für alle, die einen pädagogischen Beruf oder eine wissenschaftliche Karriere anstreben. Bei uns hat das ehrenamtliche Engagement einen hohen Stellenwert. Wir sind demokratisch organisiert, ihr könnt aktiv mitbestimmen!

Und das gefällt: Seit Jahren werden wir mehr. Um diesen Trend fortzusetzen und unsere Arbeit an den Hochschulen weiter zu verbessern, haben wir an den Hochschulen in Kassel, Fulda, Marburg, Gießen, Frankfurt und Darmstadt neue Kolleginnen und Kollegen eingestellt, die mit euch gemeinsam Gewerkschaftspolitik machen! Also organisiert euch! Eintreten, mitgestalten und kämpfen.

Eure Ansprechpartnerinnen/Ansprechpartner vor Ort

Philip Schmid | Darmstadt

hochschule@gew-suedhessen.de

Alexander Herold | Frankfurt

studierende-ffm@gew-hessen.de

Ina Jendriczka | Gießen

studierende-JLU@gew-hessen.de

Jonathan Schwarz | Marburg

studierende-MR@gew-hessen.de

Nina Ulbrich | Kassel und Fulda

nina.ulbrich@gew-nordhessen.de

Landesweite Koordination der Hochschularbeit

Helena Müller, Referentin für Jugendbildung, Hochschule und Forschung

Tel. 069–971293–26 | Mobil 0151–14806072

E-Mail wissenschaft@gew-hessen.de

www.gew-hessen.de/bildung/hochschule-und-forschung

Nina Ulbrich, Referentin für Hochschule und Forschung
im Bezirk Nordhessen

Tel. 0561–771783 | Mobil 0175–7588102

E-Mail wissenschaft@gew-hessen.de

www.gew-nordhessen.de/hochschule

Hochschulen zukunftsfähig gestalten



Die mittelfristige Finanzplanung des Landes Hessen für 2017 bis 2021 beinhaltet erhebliche finanzielle Spielräume zur Erhöhung der Bildungsausgaben. Unter anderem führt in Hessen die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen 2020 zu einem Plus von rund 585 Millionen Euro. In der Haushaltsplanung des Landes stehen über 1,1 Milliarden Euro in den Jahren 2020/2021 zusätzlich zur Verfügung. Davon sollen 150 Millionen Euro unmittelbar den Grundbudgets der Hochschulen zugeführt werden.

Die GEW fordert rund 100 Millionen für zusätzliche Studienplätze und bessere Studienbedingungen!

Derzeit sind 60 oder mehr Studierende pro Seminar die Regel, eine individuelle Betreuung durch Lehrende oder die Verwaltung ist kaum noch möglich. Um eine Erhöhung der Studienplätze in Angriff nehmen zu können, müssen umgehend 1.000 zusätzliche Stellen geschaffen werden. Die GEW fordert die zusätzliche Einstellung von 600 wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, 200 Verwaltungsfachkräften und 50 Fachkräften für die Gebäudetechnik sowie 200 zusätzliche Professuren. Die Mehrkosten belaufen sich nach der gültigen Personalkostentabelle auf 97,8 Millionen Euro.

Die GEW fordert rund 50 Millionen Euro für mehr Zeit für gute Lehre!

Dabei muss die Lehrverpflichtung auf Basis der real notwendigen Lehrzeit neu bewertet werden, sodass angemessene Vor- und Nachbereitungszeiten berücksichtigt werden. Als erste Schritte fordert die GEW die Reduzierung der Lehrverpflichtung für Lehrkräfte für besondere Aufgaben an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften auf 20 Semesterwochenstunden. Außerdem fordern wir für alle Lehrenden analog zum Schuldienst eine Stundenreduzierung um eine halbe Stunde. Unmittelbar entstehen für das Jahr 2019 zusätzliche Kosten in Höhe von 52 Millionen Euro.

Die GEW fordert umfassende Entfristungen in Lehre und Verwaltung!

Rund 85 Prozent der etwas mehr als 10.000 wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Hessen sind befristet beschäftigt. Auch in der Verwaltung ist ein deutlicher Trend zu Befristungen zu beobachten. Dies ist mit massiven negativen Auswirkungen auf die Qualität von Forschung, Lehre und Verwaltung sowie für die Lebens- und Karriereplanung der Beschäftigten verbunden. Die GEW Hessen fordert daher in einem ersten Schritt hessenweit 2.000 bereits existierende Stellen mit Daueraufgaben in Lehre, Forschung und Wissenschaftsmanagement zu entfristen.

UCU-Streik

Ein Streik an Hochschulen ist möglich!

Die britische University and College Union (UCU), die Schwestergewerkschaft der GEW für Beschäftigte britischer Hochschulen, führte eine der größten Streikbewegungen in der Geschichte Englands: Vom 22. Februar bis 6. März 2018 streikten nahezu hunderttausend Hochschulangehörige gegen die Pläne des Arbeitgeberverbandes der Universitäten, die Pensionen der Beschäftigten künftig an der Börse zu handeln. Einbußen von bis 1.000 Pfund pro Monat und Person könnten die Folge sein.

Am 28. Februar 2018 beteiligte sich eine Delegation von acht GEW-Kolleginnen und -Kollegen an der Streikdemonstration im Bereich London. Auf der Abschlusskundgebung in der Methodist Church Hall in direkter Nähe des House of Parliament hielt Tobias Cepok, GEW Hessen, ein Grußwort.

Trotz Minustemperaturen und fast durchgängigem Schneefall beteiligten sich rund 3.500 Menschen an der Demonstration, landesweit wurden 60 Hochschulen erfolgreich bestreikt. Tausende Seminare fielen aus. Die Studierenden erklärten sich solidarisch mit den Beschäftigten und forderten ihre Studiengebühren zurück – ein entscheidender Faktor bei den hohen Studiengebühren von bis zu 15.000 Pfund im Jahr. Die Aktiven der UCU sind

entschlossen, die Auseinandersetzung, falls nötig, weiter zu führen. Mittlerweile hat der Arbeitgeberverband Gesprächsbereitschaft signalisiert.

Die Kolleginnen und Kollegen der UCU waren sehr daran interessiert, wie es in Hessen im Zusammenwirken von Studierenden, Gewerkschaften und Eltern gelang, so viel politischen Druck zu erzeugen, dass die Studiengebühren in Hessen wieder abgeschafft wurden.

Die GEW könnte von der UCU lernen, wie es gelingt eine Auseinandersetzung um Renten- und Pensionsansprüche so zu politisieren und zu emotionalisieren, dass sich fast alle 110.000 Mitglieder dafür interessierten und sich darüber hinaus eine breite Öffentlichkeit mit dem Thema auseinandersetzte.

Der UCU gelang es, Ungerechtigkeitsempfinden und Zukunftsängste mit der Kritik am Finanzmarktkapitalismus so zu verbinden, dass sich die Mehrheit ihrer Mitglieder aktiv am Streik beteiligte. Und das unter den schwierigen Bedingungen des englischen Streikrechtes: Nur, wenn die Hälfte der Gewerkschaftsmitglieder in einer Einrichtung in geheimer Abstimmung für den Streik stimmt, kann in dieser Einrichtung gestreikt werden. Daneben zahlt die UCU erst ab dem 3. Tag Streikgeld und dies auch nur bis zu einer Höhe von 50

Pfund am Tag, eine finanzielle Belastung für alle Streikenden. Die GEW-Delegation war beeindruckt von der großen Beteiligung und der Organisationsweise des Streiks, bei dem lokal verantwortli-

che Picket Officers für die Bestreikung „ihrer“ Einrichtung sorgten. Bei Redaktionsschluss deutete sich an, dass die Streikbewegung erfolgreich war.



Am 28. Februar 2018 beteiligte sich eine Delegation von acht GEW-Kolleginnen und -Kollegen an der Streikdemonstration im Bereich London

Landtagswahl 2018

Zukunftsfähige Hochschulen durch

Wissenschaftliche sowie administrativ-technische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, wissenschaftliche Hilfskräfte, Lehrbeauftragte und Promovierende haben sich mit Unterstützung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Hessen, dem ver.di Fachbereich Bildung und Wissenschaft und dem Netzwerk für Gute Arbeit in der Wissenschaft zur Initiative für gute Arbeitsbedingungen an Hessens Hochschulen zusammengeschlossen. Sie haben sich vorgenommen, Druck auf die Landesregierung auszuüben, um Arbeitsbedingungen an Hochschulen nachhaltig zu verbessern.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an hessischen Hochschulen sollen durch exzellente Arbeit zu ebenso exzellenter Lehre, Verwaltung und Forschung beitragen – doch sie arbeiten unter seit Jahren schlechter werdenden Bedingungen.

Arbeits- und Leistungsdruck nehmen überhand, die Zukunftsaussichten der Beschäftigten sind ungewiss. Obwohl der Hochschulbetrieb ohne sie zum Stillstand käme, haben in Hessen 85 Prozent der wissenschaftlichen Mitarbeitenden befristete Arbeitsverträge. Selbst in der Verwaltung nehmen Befristungen in den letzten Jahren stark zu. Dabei unterminieren befristete

Verträge – nicht selten für ein Jahr oder sogar bloß für zwei Monate abgeschlossen – nicht nur die Lebensplanung der Beschäftigten, sondern auch die Qualität von Verwaltung, Forschung und Lehre.

Da deutsche Hochschulen im OECD-Vergleich seit langem unterfinanziert sind, die Studierendenzahlen aber anstiegen, gibt es viel zu wenige Stellen in Lehre und Verwaltung, um Studierende auch in Zukunft gut zu betreuen. Die Konsequenz: Teilzeitstellen, auf denen Vollzeit gearbeitet werden muss, werden zur Regel. Immer mehr Aufgaben bei wachsendem Leistungsdruck und unbezahlter Lehre gehören mittlerweile zum Alltag an hessischen Hochschulen. Zukunftsfähige Hochschulen sehen anders aus.

Im Koalitionsvertrag spricht sich die Landesregierung für „verlässliche Karrierewege“ in der Wissenschaft aus und nimmt „Dauerarbeitsplätze“ für Daueraufgaben in den Blick. Doch das Wissenschaftszeitvertragsgesetz, die Einführung von Qualifikationsprofessuren und der Hessische Hochschulpakt haben die Probleme nicht gelöst.

Die Hochschulen als Arbeitgeber können oder wollen ihrer Verantwortung nicht nachkommen. Es liegt nun am Land Hessen, den Worten Taten folgen zu lassen, um bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen zu schaffen.

gute Arbeitsbedingungen!

Was muss geschehen, um dieses Ziel zu erreichen?

Die Initiative fordert als erste dringend notwendige Schritte:

1. Befristete Stellen systematisch entfristen

Das Land muss sich mit den Hochschulen auf einen Stufenplan verständigen, um schrittweise den Anteil unbefristeter Arbeitsverhältnisse deutlich zu erhöhen. Stellen mit Daueraufgaben in der Lehre und direkter Betreuung von Studierenden sowie Lehrkräfte für besondere Aufgaben müssen unmittelbar entfristet werden. Wir fordern die Festschreibung

von Dauerstellen für Daueraufgaben im hessischen Hochschulgesetz. Dies betrifft jedoch keineswegs nur die Lehre. Auch wenn Forschung oft projektgebunden ist, bleibt es auch Aufgabe öffentlich finanzierter Hochschulen, dauerhaft unabhängige Forschung durch festes Personal langfristig zu sichern. Befristungen außerhalb der Promotion müssen begründete und tatsächliche Ausnahmen sein und generell mindestens drei Jahre umfassen.

2. Qualifikationsstellen aufwerten und von feudalen Abhängigkeiten befreien

Um wissenschaftliche Qualifikation auf hohem Niveau zu sichern, muss das

Eine Initiative für gute Arbeitsbedingungen an Hessens Hochschulen

- GEW Hessen
- ver.di Hessen (Fachbereich 05 Bildung, Wissenschaft und Forschung)
- Netzwerk für Gute Arbeit in der Wissenschaft



Hessische Hochschulgesetz fest-schreiben, dass die Qualifikation bei Qualifikationsstellen mit einem Anteil von 75 Prozent (und nicht wie heute 33 Prozent) der Arbeitszeit die prägende Tätigkeit sein. Wir fordern bei Promotionsstellen mindestens 65-Prozent-Stellen.

Die Zuordnung von Qualifikationsstellen zu Arbeitsbereichen muss beendet werden, um die quasi-feudalen Abhängigkeitsverhältnisse abzuschaffen, die dadurch entstehen, dass in der Regel Vorgesetzte und Betreuende der Qualifikation ein und dieselbe Person sind.

3. Zeit für gute Lehre schaffen

Die Lehrverpflichtungsverordnung muss so angepasst werden, dass Vor- und Nachbereitung der Lehre und Betreuung der Studierenden Teil aller Lehre leistenden Stellen wird, was in etwa der dreifachen Zeit der Präsenzlehre entspricht. Dies soll für Lehrbeauftragte ebenso gelten wie für Lehrkräfte für besondere Aufgaben, wissenschaftliche Mitarbeitende oder professorale Lehrende. Kurzfristig ist die Lehrverpflichtung, insbesondere für Lehrkräfte für besondere Aufgaben, deutlich abzusenken. Nur so ist es ihnen möglich, innerhalb ihrer Arbeitszeit aktuelle Diskussionen ihres Fachs zu verfolgen und sich didaktisch weiterzubilden.

4. Hochschulen ausreichend finanzieren

Demokratische Gesellschaften brauchen eine – vom Einfluss interessengeleiteter Geldgeber – unabhängige Wissenschaft. Eine solide wissenschaftliche Ausbildung durch Lehre auf höchstem didaktischen und wissenschaftlichen Niveau sowie eine von direkten ökonomischen Interessen unabhängige dauerhaft etablierte Forschung können verlässlich und langfristig nur durch ausreichend öffentlich grundfinanzierte Hochschulen sichergestellt werden. Drittmittel müssen ihre für den laufenden Betrieb notwendige Funktion verlieren und dürfen nur für die Finanzierung echter Zusatzaufgaben herangezogen werden. Stattdessen müssen die hessischen Hochschulen als öffentliche Institutionen mit ausreichend konstanter, ausreichender öffentlicher Grundfinanzierung ausgestattet werden.

5. Mehr Personal einstellen

Es herrscht Notstand an Hessens Hochschulen: Mit immer mehr Aufgaben, starker Arbeitsverdichtung, Leistungsdruck und einem dauerhaften Anstieg der Studierendenzahlen hält der Zuwachs an Beschäftigung nicht Schritt. Dies belastet nicht nur die Beschäftigten, sondern verschlechtert auch die Qualität der Lehre, Forschung und Verwaltung. Diesem seit vielen Jahren anhaltenden Trend gilt es eine Wende für gute Qualität im Studium entgegen zu setzen. Hierfür müssen deutlich mehr Mitarbeiter*innen in Lehre und Verwaltung eingestellt und auch neue, zusätzliche, unbefristete Professuren geschaffen werden.

6. Mitbestimmung stärken

Wir sind zufriedener und arbeiten besser, wenn wir mitbestimmen können. Das gilt für die Gestaltung der einzelnen Arbeitsplätze und Prozesse in den Instituten und Fachbereichen, aber auch für unsere Personalvertretung. Damit die Personalräte an Hessens Hochschulen als Stimme der Beschäftigten fungieren können, müssen sie stärker anerkannt und einbezogen werden. Wir fordern im Zuge einer Überarbeitung des Hessischen Personalvertretungsgesetzes, dass unsere Personalräte bei der Einstellung von wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern voll mitbestimmen können. Außerdem sollen sie analog zum Betriebsverfassungsgesetz bessere Freistellungstaffeln erhalten. Die „vertrauensvolle“ soll um eine „gleichberechtigte“ Zusammenarbeit ergänzt werden, damit auch per Gesetz klargestellt wird, dass unsere Personalräte mit der Dienststelle auf Augenhöhe verhandeln.

Zur weiteren Anerkennung müssen alle Promovierenden, auch ohne Stelle, als Mitglieder der Hochschulen anerkannt werden. Die Statusgruppen Promovierende und Hilfskräfte gehören zum Mittelbau und müssen dementsprechende Mitbestimmungsrechte haben.

Die Initiative ist offen für Aktive, und die die es werden wollen:

<http://lists.gew-landesverband-hessen.de/cgi-bin/mailman/listinfo/mittelbauvernetzung>

Aufruf zu Community for all

Solidarische Gemeinschaften statt Abschiebegefängnisse

In Darmstadt-Eberstadt entsteht gerade das erste hessische Abschiebegefängnis. Als ein „normales Leben ohne Freiheit“ bezeichnet das die Landesregierung. Das verstößt gegen die Menschenwürde und die Rechte von Migrantinnen und Migranten. Monatlanges Ausharren auf eine Entscheidung der zuständigen Amtsgerichte ist in solchen Abschiebegefängnissen Normalität. Flucht ist jedoch kein Verbrechen. Das Recht auf Asyl muss gewürdigt werden. Und ist es rechtlich und moralisch nicht tragbar, dass Gerichtsverhandlungen, die über eine Abschiebehaft entscheiden, ohne Dolmetscherinnen oder Dolmetscher stattfinden oder diese nicht über die entsprechenden Sprachkenntnisse verfügen.

Darüber hinaus wird kritisiert, dass die Dolmetscherinnen oder Dolmetscher des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge nicht immer vereidigt sind und nicht verpflichtet werden, alle Aussagen der Asylsuchenden zu übersetzen. Es muss gewährleistet sein, dass Geflüchtete das Protokoll zur Unterschrift in ihrer Sprache vorgelegt bekommen. Die Kampagne „Community for all“ fordert solidarische Gemeinschaften anstatt Abschiebegefängnissen. Die GEW-Hochschulgruppe

Darmstadt ist Teil des Bündnisses. In der GEW kommen durch die verschiedenen Studiengänge, Ausbildungen und Berufe im sozialen Bereich fast alle Mitglieder in Kontakt mit dem Thema Flucht und Abschiebung. „Bildung für alle“ heißt auch, sich aktiv für die Rechte von Menschen ohne einen sogenannten Aufenthaltsstatus einzusetzen. Bildung ist ein Grundrecht, das nicht vom Aufenthaltstitel abhängen darf. Der Zugang zu freier Bildung muss für alle gewährleistet sein.

Die GEW-Hochschulgruppe Darmstadt rief daher die Berufstätigen, Auszubildenden und Studierenden auf, sich an den Aktionstagen und der Demonstration „Community for all“ vom 20. bis zum 26. Januar 2018 anlässlich der Einrichtung des Abschiebegefängnis zu beteiligen. Das Bündnis besteht aus verschiedenen Gruppierungen und Einzelpersonen, die sich gemeinsam gegen das geplante Abschiebegefängnis in Eberstadt einsetzen.

Die Aktionswoche, für die die GEW-Hochschulgruppe Darmstadt geworben hatte, war sehr erfolgreich. Trotz des Regens kamen 800 bis 1000 Personen zur Demonstration und die spannenden Vorträge waren sehr gut besucht. Zudem gab und gibt es posi-



tive Resonanzen in der Presse. Nach der Aktionswoche fand ein großes Plenum mit vielen neuen motivierten Mitstreiterinnen und Mitstreitern statt, die vier weitere Arbeitsgruppen gebildet haben. Darunter eine Gruppe von rund zehn Personen, die sich schulen lassen will, um Geflüchtete in der Abschiebehaftanstalt zu beraten. Zudem soll ein Netzwerk von kritischen Juristinnen und Juristen aufgebaut werden, damit bei Gerichtsverhandlungen und Haftbedingungen alles rechtmäßig läuft.

Weiterhin begleitet das Bündnis kritisch die Etablierung des Abschiebegefängnisses, um in der Öffentlichkeit ein Bewusstsein für die Problematik zu schaffen. Denn gemeinsam und solidarisch können wir Abschiebeprozesse verhindern! Alle Interessierten sind eingeladen, aktiv zu werden.

Mehr Infos zur Kampagne

www.facebook.com/commforall/

200 Jahre Karl Marx

Mit Verwirrung werden ältere Marxistinnen und Marxisten zur Kenntnis nehmen, wie in der Öffentlichkeit versucht wird, mit dem 200. Geburtstag des Philosophen, Ökonomen und Politikers Karl Marx umzugehen: Von den seit der großen Finanzkrise 2008 immer wiederkehrenden Fragen des bürgerlichen Feuilletons, ob Marx nicht doch recht gehabt habe, über stapelweise neuer Marx-Biographien bis hin zu der Absurdität, dass die Stadt Trier ihre Ampelmännchen durch Marx-Silhouetten ersetzt hat. Nur eines dürfte gewiss sein: Marx selbst hatte größere Ziele, als er begann die kapitalistische Gesellschaft systematisch zu untersuchen.

Marx unterscheidet sich hier von anderen Denkern seiner Zeit durch den Drang, Philosophie nicht um ihrer selbst willen zu betreiben, sondern um damit in die praktischen gesellschaftlichen Kämpfe der Zeit eingreifen zu können. Ein Ergebnis seines jahrzehntelangen Studiums in der Londoner Nationalbibliothek und auf den Straßenbarrikaden war die Erkenntnis, dass die gesamten sozialen Beziehungen der Menschen durch ihre natürlichen materiellen Bedürfnisse bedingt sind. Daraus ergab sich zudem seine Fragestellung, wie diese Bedürfnisse durch Arbeit befriedigt werden können. Durch Arbeitsteilung könne dieser Prozess so optimiert

werden, dass sich die natürlichen Bedürfnisse (essen, trinken, schlafen etc.) vervielfältigen und verfeinern zu gesellschaftlichen, zivilisatorischen und kulturellen Bedürfnissen.

Dieser „Stoffwechsel“ des Menschen mit der Natur bestimme die Art und Weise, wie eine Gesellschaft strukturiert und organisiert ist – Marx nennt das Produktionsverhältnisse. Die Produktionsverhältnisse werden wiederum definiert durch die Form des Eigentums an den Produktionsmitteln (der Maschinen, Rohstoffe, Fabriken, Banken). Sind diese Produktionsmittel in privatem Eigentum, resultiert daraus die gesellschaftliche Spaltung in Klassen und mit ihr der Klassenkampf. Da dies auch für den bis heute herrschenden Kapitalismus gilt (Kapitalistin/Kapitalist vs. Lohnarbeiterin/Lohnarbeiter), ist das Privateigentum an Produktionsmitteln die Ursache für die immanenten Widersprüche und die allgemeine Krise des Kapitalismus, die in Krieg, Naturzerstörung und sozialem Elend münden. Ein Ziel von Marxistinnen/Marxisten ist es daher seit jeher, Argumente für die Notwendigkeit seiner Überwindung des Kapitalismus zu benennen und diese in der Öffentlichkeit zu vertreten. Für Gewerkschaften gilt es, diejenigen Menschen zusammenzubringen und zu organisieren, die kein Eigentum

eine Bestandsaufnahme

an Produktionsmitteln besitzen und ihre Arbeitskraft verkaufen, um ihre Lebensverhältnisse durch den entsprechenden Lohn finanzieren zu können. Dies ist die gemeinsame Eigenschaft aller Lohnabhängigen – ob am Fließband, in Callcentern, im Krankenhaus oder in der Schule. Aus der gemeinsamen Klassenlage ergeben sich gemeinsame Klasseninteressen in der Auseinandersetzung mit ihren Klassegegnerinnen/-gegnern (den „Arbeitgeberinnen/-gebern“). Die Interessen der Lohnabhängigen bestehen u.a. in einem fairen Lohn, kürzerer Arbeitszeit, gesunden Arbeitsbedingungen, sozialer Sicherheit bei Krankheit, Alter und Arbeitslosigkeit, Mitbestimmung oder auch in einer sozialen Infrastruktur (wie Kinderbetreuung, Sportstätten, Kantinen). Die Interessen der Arbeitgeber*innen sind gegensätzlicher Natur wie niedriger Lohn, lange und flexible Arbeitszeiten, kostengünstige Produktionsbedingungen, geringe Sozialkosten, eine rein produktionsnotwendige Infrastruktur. Mit ihrer Organisierung in Gewerkschaften beschränken die Lohnabhängigen ihre individuelle Konkurrenz untereinander, um sich für ihre gemeinsamen Ziele einzusetzen und u.a. im Rahmen erfolgreicher Arbeitskämpfe für eine Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu sorgen (ökonomischer Klassenkampf).

Darüber hinaus können Gewerkschaften ihre Mitglieder zu einer politisch handelnden Klasse formieren, um ihre Interessen bspw. auch im staatlichen Rahmen durchsetzen zu können: Die Einführung des Mindestlohns durch die Große Koalition 2015 hätte Marx vielleicht als „Sieg der politischen Ökonomie der Arbeiterklasse“ bezeichnet (politischer Klassenkampf).

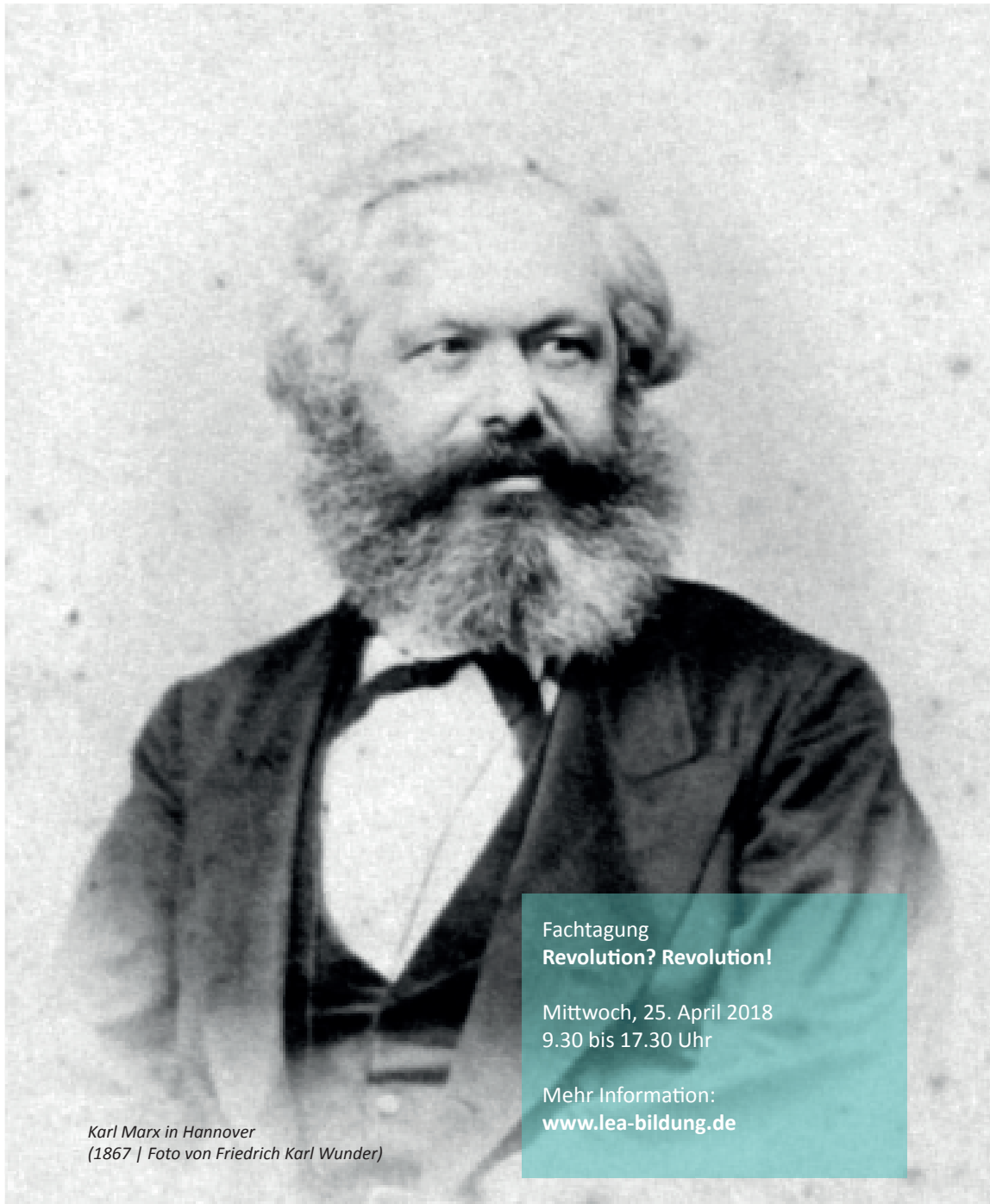
Gewerkschaften wurden – insbesondere in Deutschland – erst unter direktem Einfluss von Marxschen Ideen und dem Wirken der damals marxistisch geprägten SPD zu einer wahrnehmbaren Kraft: Hatten sie 1892 nur 300.000 Mitglieder, waren es 1913 bereits 2,5 Millionen. Erstmals wurde es mithilfe von Streiks als effektivste Kampfform der Arbeiterinnen-/Arbeiterbewegung möglich, das Lohnniveau für gewerkschaftlich organisierte Arbeiterinnen und Arbeiter deutlich zu heben und bindende Tarifverträge zwischen Gewerkschaften und Unternehmen abzuschließen. Nach der Katastrophe des Ersten Weltkrieges konnte die Arbeiterinnen-/Arbeiterbewegung mit dem Teilsieg in der Novemberrevolution bedeutende Errungenschaften durchsetzen: Die Monarchie wurde überwunden, die Republik gegründet, Kinderarbeit wurde abgeschafft, der 8-Stunden-Tag erkämpft. Und wir können heute mit 100 Jahren Frauenwahl-

recht das nächste Jubiläum auf dem langen Weg zu einer solidarischen Gesellschaft feiern. Spätestens mit der Gründung der Bundesrepublik wurde das Konzept des „Klassenkampfes“ ausgetauscht gegen das Konzept der „Sozialpartnerschaft“: Gemeinsam mit den Unternehmen sollen Gewerkschaften kooperative und konsensuale Lösungen für Interessenswidersprüche finden und offene Konflikte eindämmen. Allerdings ist auch hierbei das Ergebnis eine ungleiche Wohlstandsentwicklung: 2014 liegt das Durchschnittsvermögen einer/eines qualifizierten Beschäftigten bei 83.000 Euro, das einer Kleinunternehmerin/eines Kleinunternehmers bei 329.000 Euro und das einer/eines Selbstständigen mit mehr als 10 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei 952.000 Euro.

Die oberen 10 Prozent besitzen 40 Prozent des vorhandenen Vermögens – die Ungleichverteilung ist somit wieder auf den gleichen Stand, wie er 1913 gewesen ist. Soziale Spaltungen, Entsolidarisierung und Neoliberalismus verstärken sich gegenseitig und sind ein Nährboden für Nationalismus, Rassismus und religiösen Fundamentalismus. Ebenso stellt die Frage nach unbezahlter Haus- und Reproduktionsarbeit, gerade in Zusammenhang mit der kapitalistischen Produktion, eine noch immer zentrale Thematik dar, die der feministische Marxismus zu lösen versucht. Dies alles sind Anzeichen,

dass sich die marxistische Klassenanalyse durch das Fortbestehen kapitalistischer Wirtschaftsbeziehungen auch 2018 nicht erledigt hat. Marxistisch orientierte Gewerkschaftsmitglieder plädieren daher für eine Rückbesinnung auf die Ideen des 200-jährigen Geburtstagskindes. Die Eindämmung, Zurückdrängung und perspektivische Überwindung von kapitalistischer Ökonomie und Klassenherrschaft, von Finanzkapital und Imperialismus wird so zur zentralen Aufgabe der Gewerkschaften. In einer nicht-kapitalistischen, solidarischen Gesellschaft bedeutet dies vor allem, dass spezifische Wirtschaftssektoren von besonderer strategischer, ökonomischer und infrastruktureller Bedeutung (v.a. das Bankenwesen, die Automobilindustrie, die Energiewirtschaft etc.) demokratisch vergesellschaftet werden müssen: Statt Privateigentümerinnen und -eigentümer (wie Aktionärinnen/Aktionäre) müssen alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über Produktion und Verteilung der Güter entscheiden dürfen.

Dass der Marxismus über das wissenschaftliche Rüstzeug verfügt, diese Ziele zu erreichen, ist seine Stärke und macht ihn zukunftsfähig. Dass er wiederum die Einsicht in die Notwendigkeit organisierter (nicht nur gewerkschaftlicher) Praxis besitzt und den Willen, danach zu handeln, gibt ihm dazu das politische Potenzial.



*Karl Marx in Hannover
(1867 | Foto von Friedrich Karl Wunder)*

Fachtagung
Revolution? Revolution!

Mittwoch, 25. April 2018
9.30 bis 17.30 Uhr

Mehr Information:
www.lea-bildung.de

Terminplanung 2018

1. Mai „Vielfalt, Gerechtigkeit, Solidarität“

Region Frankfurt-Rhein-Main

Frankfurt 10.30–17.00 Uhr, Günthersburgpark/Römerberg
<http://frankfurt-rhein-main.dgb.de/termine>

Region Mittelhessen

Gießen 11.30 Demonstration, 12.30 Kundgebung

Nordhessen

Kassel 10.00 Uhr Demo | ab Halitplatz/Scheidemann-Haus zum Königsplatz
Bad Hersfeld 9.15 Uhr Demo ab Schildehalle
Borken 9.30 Uhr Kundgebung | Hotel am Stadtpark/Bürgerhaus Borken
Eschwege 10.00 Uhr Kundgebung | am Obermarkt
Korbach 10.30 Uhr Kundgebung | am Obermarkt „Rotunde“
Schwalm-
stadt-Treysa 10.30 Uhr Kundgebung | im Innenhof des Hospitals, Steingasse
<http://nordhessen.dgb.de>

Weitere Termine

5. Mai Neuwahlen es GEW-Landesausschusses der Studierenden (LASS)

16. Mai Mitgliederversammlung Regionalverband Hochschule und Forschung (HuF) Nordhessen

23.–25. Mai Regionale GEW Aktionstage zur Landtagswahl

vor 30. Juni Ref-Infos

23.–27. Juli Herrschaftskritische Sommeruniversität in Kassel

22. Sept. Landesweite Demo zur Landtagswahl „Bildung braucht bessere Bedingungen!“



lea bildungswerk – 68er Workshops

Street Fighting Opa (Nr. G5754)

Workshop 1968 „Der Sound der Revolte und was bleibt?“

Frankfurt | 29. August, 14–18 Uhr

Entgelt 20 Euro | GEW-Mitglieder 10 Euro

Mit: Klaus Walter, HR

Vom Tomaten-Wurf zur Frauenquote (Nr. G5753)

68er Revolte und neue Frauenbewegung: Was ist daraus geworden?

Frankfurt | 23. Oktober, 14 –18 Uhr

Entgelt 20 Euro | 10 Euro GEW-Mitglieder

Seminarleitung Dr. Gisela Notz

Auf den Spuren der 68'er Revolte (Nr. G5755)

Stadtführung in Frankfurt

8. September, 14–16 Uhr

Entgelt 20 Euro | GEW-Mitglieder 10 Euro

Leitung Norbert Saßmannshausen

68er Revolte - eine internationale Kulturrevolution (Nr. G5757)

Vortrag mit Diskussion

Frankfurt | 6. November, 19–21.30 Uhr

Seminarleitung Michael Hintz

Die antiautoritäre Revolte von 1968 – von links vergessen, von rechts bekämpft (Nr. G5758)

Vortrag mit Diskussion

Frankfurt | 22. November, 19–21.30 Uhr

Seminarleitung Michael Hintz

Infos und Anmeldung zu den Workshops

lea gemeinnützige bildungsgesellschaft mbH
der GEW Hessen

www.lea-bildung.de | Seminarnummer in die Suche eingeben

E-Mail anmeldung@lea-bildung.de

Tel. 069–971293 -27

Das verdienen Hilfskräfte an Hochschulen in Hessen

Wir haben aufgelistet, wo ihr als Hilfskraft wieviel verdient.

Anmerkung: Nicht inbegriffen ist gegebenenfalls die Zahlung von Weihnachtsgeld oder sonstigen Leistungen.

	Studentische Hilfskräfte	Fortgeschrittene stud. Hilfskräfte in den nicht-gestuften Staatsexamenstudiengängen ab 7. Semester nach erfolgreicher Zwischenprüfung	Studentische Hilfskräfte mit erstem Abschluss	Wissenschaftliche Hilfskräfte
	in Euro	in Euro	in Euro	in Euro
Technische Universität Darmstadt	10,00 bis 11,75		11,50	15,25
Goethe-Universität Frankfurt	9,90		11,47	15,32
Justus-Liebig-Universität Gießen	9,45	10,50	11,03	14,70
Universität Kassel	9,00		10,50	14,00
Philipps-Universität Marburg	10,00		11,50	15,30
Hochschule für Musik und darstellende Kunst	8,93		10,50	13,33
Hochschule für Gestaltung	8,84			13,45
Hochschule Geisenheim	8,84		11,00	14,00
Hochschule Darmstadt	11,00			15,00
Frankfurt University of Applied Sciences	9,00			11,00
Hochschule Fulda	9,00		11,00	13,00
Technische Hochschule Mittelhessen	10,00		15,53 bis 17,90*	
Hochschule Rhein-Main	11,60		14,00*	19,00*

*Stand: Mai 2016




Herausgeberin

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Hessen
Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt

Redaktion und Mitarbeit:

Nina Ulbrich, Tobias Cepok, Jonathan Schwarz, Philip Schmid,
Tanja Kamp, Helena Müller, Denise Bechtel, Ulrich Märtin

Grafik & Satz: Joyce Abrahams
Druck: gruendrucke.de

 **Ausgabe 24 | April 2018**